HAVEL BRANDUNG

Ausgabe 1.2012

Die linke Zeitung
für das Havelland und Brandenburg an der Havel

Neue Braunkohlekraftwerke
Pro und Kontra
Seite 3

Im Dialog mit linken Ministern
Regionalkonferenz in Dallgow-Döberitz Seite 5



Neue Doppelspitze bei den LINKEN in Brandenburg an der Havel Seite 10

Tag der Demokratie

Ein Tag mit Licht und Schatten für Brandenburg

31. März 1945: Einer der schwersten Luftangriffe auf die Stadt Brandenburg zerstört große Teile der Stadt. Der irrwitzige, mörderische Angriffskrieg Hitlers hat Brandenburg endgültig erreicht. Menschen sterben sinnlos für ein wahnsinniges, menschenverachtendes Regime.

Breites Bündnis gegen Intoleranz

Am 31. März 2012 weiß der Himmel über Brandenburg nicht genau, ob er weinen soll. Nazis haben sich angekündigt. Sie wollen durch die Stadt marschieren und ihr widersinniges Gedankengut verbreiten. Ein breites Bündnis gegen Intoleranz und für die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen will diesen braunen Mob nicht tatenlos gewähren lassen und hat auf dem Neustädtischen Markt ein Fest der Demokratie vorbereitet. Eine Veranstaltung, die ein Zeichen setzen will für ein weltoffenes und tolerantes Brandenburg. Die parteien übergreifende Liste der



Der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister des Landes Brandenburg Dr.-Ing. Helmuth Markov (DIE LINKE) und der Präsident des Landtages Brandenburg Gunter Fritsch (SPD) (vrnl.) mitten unter den Brandenburgern

Unterstützer dieses Festes zeigt, dass sich die übergroße Mehrheit einig ist, die Grundlagen für ein zivilisiertes Zusammenleben in unserer Stadt zu verteidigen. Es hätten noch ein paar Bürger mehr sein können auf dem Neustädtischen Markt, denn Toleranz und Meinungsfreiheit brauchen immer wieder aufs Neue Unterstützung!

Friedliche Aktionen

Aber alle, die Rang und Namen haben in Brandenburg, sind gekommen, darunter auch der Landtagspräsident Gunter Fritsch und der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister des Landes Helmuth Markov. Begleitet von einem bunten Kulturprogramm und einer emotionalen Rede der SVV-Vorsteherin Dr. Liselotte Martius ist deutlich geworden: In Brandenburg gibt es keinen Platz für menschenverachtende Parolen. Bei Kaffee und Kuchen konnte man den Protest sogar noch genießen.

Nicht ganz nebenbei haben sich einige Antifaschisten frühzeitig auf der Jahrtausendbrücke niedergelassen, um den Nazis friedlich den Weg durch die Innenstadt zu versperren. Auch diese Aktion hat sicher dazu beigetragen, dass die Polizei die Route der Nazis mehrfach verändern musste, um Konfrontationen zu vermeiden. Damit ist es im Zusammenwirken der verschiedenen Protestformen und dem besonnenen Agieren der Polizei gelungen, die kaum mehr als 100 aus dem ganzen Land zusammengerufenen Nazis aus der Innenstadt herauszuhalten. Sie wurden umgelenkt, wo sie ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit ausüben konnten, ohne die Demokraten in der Stadt belästigen zu müssen. Ein Recht übrigens, das Nazis, hätten sie auch nur wieder einen Hauch von Macht, niemals einem Andersdenkenden zugestehen würden.

Es bleibt noch viel zu tun

Insgesamt ein Tag mit viel Licht für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg. Natürlich dürfen wir nicht nachlassen zu warnen vor den braunen Rattenfängern, denn das zunehmende soziale Ungleichgewicht in unserer Stadt ist leider ein guter Nährboden für die markigen Sprüche der Nazis. Wir müssen allen Schichten der Bevölkerung die Chance geben, ein sinnerfülltes Leben zu führen – das ist der beste Schutz vor dem braunen Mob.

A. Martin



Brandenburger Demokraten gegen rechtes Gedankengut auf dem Neustätischen Markt

Kolumne

Drohender Verlust der Kreisfreiheit



Andreas Kutsche

Die zurückgehenden Landeszuweisungen und sinkenden Einwohnerzahlen machen vor unserer noch kreisfreien Stadt nicht halt. In der gegenwärtigen Diskussion zum Masterplan findet dies wenig Beachtung. Können wir es uns leisten, Zahlen und Fakten zu ignorieren, die doch mit ziemlicher Sicherheit auf einen Verlust der Kreisfreiheit hinauslaufen? Wenn die Entwicklung so weitergeht, wird es bald keine kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel mehr geben. Nun kann man ja sagen, das betrifft mich nicht, sollen die doch machen. Ich halte das für einen Trugschluss, denn der Verlust der Kreisfreiheit wird auf diese oder jene Weise uns alle betreffen. Denkt man allein an die vielen tausend Beschäftigten der städtischen Eigenbetriebe und Gesellschaften. Wie werden sie in einem eventuellen Landkreis aufgehen?

weiter Seite 2

Wie steht es mit der Öffentlichen Sicherheit?



Sicherheit öffentlich gemacht?! Polizei und Bundeswehr beim Stadtteilfest in Hohenstücken

Nicht nur eine Aufgabe der Polizei

Die Frage der Öffentlichen oder auch der Inneren Sicherheit spielt für die Bürgerinnen und Bürger eine herausragende Rolle, weil sie ihren Alltag elementar betrifft. Da geht es um Probleme der Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung, Strafverfolgung, Verkehrssicherheit und viele andere, die nicht zuletzt – aber auch nicht nur – von der Polizei zu lösen sind. Notwendig ist eine differenzierte Sichtweise auf die Frage, wer für die Innere Sicherheit zuständig ist. Die LINKE spricht nicht umsonst von Öffentlicher Sicherheit, weil diese Aufgabe eben nicht allein Sache der Polizei ist, sondern vieler gesellschaftlicher Akteure bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern selbst bedarf. Dennoch spielt die Polizei im täglichen Erleben und in der öffentlichen Wahrnehmung eine besondere Rolle und das ist auch gut so.

Personalabbau im Öffentlichen Dienst war unumgänglich

Nicht umsonst wurde nach der Unterzeichnung des rot-roten Koalitionsvertrages der dort geplante Personalabbau im Öffentlichen Dienst heftig kritisiert und es war keine leichte Entscheidung, der Personalreduzierung zuzustimmen. Aber die Rahmenbedingungen, unter denen regiert werden muss, sind für alle gleich. Sie besagen, dass das Land bis 2019 mit ca. 2 Mrd. Euro weniger auskommen muss, weil der Solidarpakt ausläuft, die EU-Mittel weniger werden und die Bevölkerungszahlen sinken und damit auch die Pro-Kopf-Zuweisungen an finanziellen Mitteln durch den Bund. Darüber hinaus müssen Versäumnisse ausgebügelt werden, die vorherige Regierungen nicht nur nach der Wende, sondern auch schon in der alten BRD zugelassen haben. Beamte wurden immer als „billige“ Arbeitskräfte betrachtet, weil für sie keine Sozialabgaben zu leisten waren. Dabei wurde aber versäumt, für die zukünftigen Pensionen, die ihnen gesetzlich zustehen, entsprechende Rücklagen zu bilden. Das rächt sich jetzt bitter durch enorme Pensionslasten, für die man aber nicht die Beamtinnen und Beamten verantwortlich machen kann, wie das so gern in der Öffentlichkeit passiert. Nicht zuletzt brauchen wir ein gerechteres Steuersystem, damit der Staat und die Kommunen auch Geld für die Bezahlung des nötigen Personals zur Verfügung haben. Es wird endlich Zeit, dass sich auch diejenigen wieder an der Finanzierung des Staates beteiligen, die sich davon in den letzen 20 Jahren verabschiedet haben oder auch verabschiedet wurden! Entscheidend für die Personalzahlen ist die Frage, wie staatliche Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge noch wahrgenommen werden können, und zwar für alle.

Woidke brachte Transparenz und Sachlichkeit

Der ehemalig Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) ging von einer Untergrenze von 6000 Stellen bei der Polizei aus. Innenminister Rainer Speer wollte 2009 sogar auf 5000 Stellen abschmelzen und keine Neueinstellungen mehr vornehmen. Das löste im Land berechtigte Sorge um die Öffentliche Sicherheit aus. Nach Speers Rücktritt kehrte mit Dietmar Woidke Transparenz und Sachlichkeit in die Diskussion ein. Der Landtag setzte mit seiner Entschließung „Sicher leben in unserem Land – Maßgaben für eine Polizei Brandenburg 2020“ wichtige Rahmenbedingungen für die notwendige Polizeistrukturreform. In Kürze wird die Polizeiliche Kriminalstatistik veröffentlich werden. Sie wird Licht und Schatten der bereits erfolgten Maßnahmen zeigen. Die Gesamtzahl der Straftaten ist erneut zurückgegangen, selbst im Grenzgebiet. Aber in bestimmten Deliktsbereichen wie dem Kfz-Diebstahl ist ein enormer Anstieg zu verzeichnen. Leider sinkt auch die Aufklärungsquote. Das ist aber nicht auf den Personalabbau zurückzuführen, den die CDU (!) nun sofort stoppen will, sondern auf die Neustrukturierung, wo jeder erst wieder seinen Platz finden muss.

Nach wie vor sind ca. 8700 Polizeibeschäftigte im Dienst. Erst 2016 werden es ca. 7900 sein. Also ist der Zeitpunkt 2014 zur Überprüfung der Strukturreform genau der richtige.

Dr. A. Bernig (MdL)

Noch Luft nach oben

Ein bisschen Statistik zur Halbzeit

Nach etwa der Hälfte der Amtszeit der rot-roten Landesregierung darf, einer Umfrage zufolge, zumindest die SPD mit ihrer Arbeit zufrieden sein, denn 49 % der befragten Bürgerinnen und Bürger haben keine Beanstandungen. Leider schneidet DIE LINKE nicht ganz so gut ab: Nur 32 % sind mit ihrer Arbeit voll einverstanden. Dass DIE LINKE im Vergleich zur SPD und gegenüber den Medien einen wesentlich schwereren Stand hat, muss hier nicht im Detail begründet werden. Andererseits überzeugt offenbar das Horrorszenario nicht mehr, das von konservativen Medien noch immer gern heraufbeschworen wird, sobald die Linke in einem Bundesland mit am Ruder ist.

Insgesamt gesehen sind sogar 63 % der Befragten mit der Landespolitik zufrieden, wobei man die heftigen Attacken der Opposition nicht übersehen sollte, mit denen sie aber bei der Bevölkerung nicht punkten konnte, weil sie sich mit Themen beschäftigte, die das Land garantiert nicht vorwärts bringen.

Allerdings ist das mit den Umfragen so eine Sache. Der Bürger kann nur beurteilen, was er kennt bzw. wovon er weiß. Und wer weiß zum Beispiel, dass unter maßgeblicher Mitwirkung der Linken bereits 1000 neue Lehrer eingestellt wurden und dass sich diese Zahl bis zum Ende der Wahlperiode auf etwa 2000 erhöhen wird? Wer weiß, dass DIE LINKE mit für eine Verbesserung des Schüler-Bafög gesorgt hat, dass die Neuverschuldung zurückgefahren und die Kommunen nicht noch weiter geschröpft wurden? Was DIE LINKE noch nicht so gut kann, ist, ihre gute Arbeit auch gut zu „verkaufen“. Aber Rom wurde bekanntlich auch nicht an einem Tag erbaut. *W.Weise*

Kolumne (2)

Fortsetzung Seite 1: Verlust der Kreisfreiheit

Benötigen wir zum Beispiel noch zwei kommunale Krankenhäuser, verschiedene Verkehrsgesellschaften? Rekommunalisierung oder Verkauf der Anteile – was wird auf uns zukommen? Welche Rolle kann dann die größte Stadt des zu bildenden Landkreises einnehmen? Zurzeit kürzt die Verwaltung erst einmal alles zusammen, vorzugsweise im freiwilligen Bereich des Haushalts. Das löst das Problem nicht wirklich. Mutig wäre, eine Art Leistungskatalog zu definieren, welche Aufgaben noch erbracht werden können und wo Synergien mit anderen Kommunen bzw. Landesbehörden zu heben sind. Im Koalitionsvertrag ist eine Kreisgebietsreform bis 2014 ausgeschlossen. Doch was ist danach? Schon denkt die SPD laut über diese Frage nach, die übrigens nicht allein für die Stadt und das Land Brandenburg relevant ist. In den anderen neuen Bundesländern werden Fragen der Kreisgebietsreform auch heiß diskutiert, und zwar nicht gerade aus einer rot-roten Perspektive. Zurzeit beginnt bei uns die Leitbilddiskussion im Land und auf der kommunalen Ebene. Wir sollten dieses Thema nicht ausblenden, sondern realistische Szenarien diskutieren und Lösungsansätze durch direkte Bürgerbeteiligung entwickeln.

A. Kutsche

CSPDU

Merbriel
Gakel
Scheindemokratischer
Wirrwarr
in CDU und SPD
Konfusion ähnlich
Parteienfusion
folgerichtig.

Jürgen Riedel
(Seine Gedichte sind im R. G. Fischer Verlag unter dem Titel „Wortbilder“ erschienen; mittlerweile liegt „Wortbilder VI“ vor.)

Noch brauchen wir die Braunkohle

Zur Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg



Harald Petzold

Mit der „Energiestrategie 2030“ startet Brandenburg in die Energiewende. Das Land ist bereits seit mehreren Jahren Schrittmacher bei der Produktion Erneuerbarer Energien und damit auch Vorreiter für einen Umbau des Energiesektors hin zu mehr dezentraler Energieproduktion. Ende Februar hat die Landesregierung die Weichen endgültig in Richtung Vorfahrt für Erneuerbare Energien gestellt. Mit ihren Zielvorgaben erreicht bzw. überbietet Brandenburg die diesbezüglichen Ziele des Bundes. Dabei ließ sich Rot-Rot immer von den Grundzielen Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit sowie Akzeptanz und Beteiligung leiten.

Leider sind nicht alle Blütenträume mit der neuen Strategie gereift: Der Rückgriff auf konventionelle, CO2-intensive Energieproduktionstechnologien als Brücke ins Zeitalter der Erneuerbaren ist vielen schwer verdaulich, auch mir. Andererseits hält DIE LINKE an ihrer Aussage fest: Ausstieg aus der Braunkohle bis 2040. Gleichwohl kann ein genaues Ausstiegsdatum derzeit noch nicht definitiv festgeschrieben werden. Keiner kann heute mit abschließender Sicherheit voraussagen, ob bereits bis 2030 Strom aus Erneuerbaren Energien in einem Umfang transport- und speicherfähig ist, wie er für eine sichere Stromversorgung deutschlandweit benötigt wird. Und ja: deutschlandweit. Denn als Teil der Bundesrepublik trägt Brandenburg selbstverständlich auch für die Energiewende insgesamt Mitverantwortung und bleibt somit zunächst einmal mit seinen energieproduzierenden Kapazitäten und Wertschöpfungsmöglichkeiten Energieexportland. Eine Energiewende nämlich, die in Phasen geringer Sonneneinstrahlung und Windstille auf (Atom-) Stromimporte aus dem Ausland angewiesen wäre, ist im europäischen und internationalen Kontext nicht glaubhaft. *H. Petzold, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Havelland*

PRO

Wenn wir wollen, dass die Brücke Braunkohle kurz ist und möglichst 2040 endet, müssen wir für mehr Akzeptanz von Erneuerbaren Energien werben. Das bedeutet, dass

- mehr CO2-freier Strom dort produziert werden kann, wo er gebraucht wird,
- insgesamt weniger Strom verbraucht und mit Strom effektiver umgegangen wird,
- die Kosten für die Energiewende damit sozial verträglich bleiben,
- die marktbeherrschende Stellung der großen Erzeuger zugunsten dezentraler Produktion und Verteilung beendet wird,
- demokratische Mitbestimmung nicht nur in der Standortfrage hergestellt wird, sondern auch in der Preisgestaltung und bei der Eigentümerstruktur und
- dass damit schließlich auch die nachfolgenden Generationen gut und bei hoher Qualität leben können.

PRO und KONTRA

Wir brauchen keine neuen Braunkohlekraftwerke

LINKE fordern klimaschützende Energiepolitik



Heike Jacobs

Deutliche und zukunftsfähige Signale gehen vom 3. Landesparteitag der LINKEN in Blossin aus. Eine klimaschützende Energiepolitik wurde durch gleich zwei Anträge (LAG Umwelt und Landtagsfraktion) gefordert. Beide thematisierten den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und wurden durch die Mehrheit der Delegierten bestätigt, sind allerdings unterschiedlich konsequent formuliert. Mit dem Antrag der AG Umwelt bekräftigten die Delegierten ihre Ablehnung der umstrittenen CCS-Technologie. Damit votiert die Basis der LINKEN für eine zukunftsweisende und wahrhaft nachhaltige Energiepolitik, in der kein Platz bleibt für ein neues Braunkohlekraftwerk in Jänschwalde. Eine Fortschreibung der „Energiestrategie 2020“ der Vorgängerregierung und die Vorlage einer „Energiestrategie 2030“ werden begrüßt. Auch darf sich demnach Brandenburg langfristig nicht als Stromexportland verstehen. Eher sollte die Energieproduktion dezentral organisiert werden und sich auf die Region Berlin-Brandenburg konzentrieren. Der neu gewählte Landesvorsitzende Stefan Ludwig stellte in seiner Abschlussrede noch einmal klar, dass die Partei mit den beiden Beschlüssen keine Aufkündigung des Koalitionsvertrages zur SPD



KONTRA

Greenpeace outdoor, aber unübersehbar

beschlossen hat. Die Fraktionsspitze selbst hatte ja in ihrem Beschluss gefordert: „Mit der Energiestrategie 2030 muss der notwendige Ausstieg aus der Verstromung einheimischer Braunkohle begonnen werden.“ Bereits das dürfte allerdings nicht damit verträglich sein, sich zum Neubau eines Braunkohlekraftwerkes zu bekennen, wie es durch den Wirtschaftsminister Ralf Christoffers diskutiert wird. Diesen Interessenkonflikt machte die Anwesenheit von Greenpeace besonders deutlich. „Kohlepolitik jetzt stoppen!“ war die Botschaft, welche von draußen an die Ohren und in die Augen der Delegierten drang. Ironie des Schicksals? Hatte DIE LINKE vor Koalitionsantritt gemeinsam mit Greenpeace diesen Ausstieg offiziell gefordert, mussten die Aktivisten diesmal als Zaungäste an unsere ursprünglichen Strategien und Orientierungen erinnern. Mögen wir als Basis weiterhin stärker werden und uns gemeinsam für eine zukunftsfähige, konsequente Klimapolitik in unserem Land einsetzen.

Dabei bleibt **k e i n** Platz für neue Braunkohlekraftwerke – auch nicht nur vorübergehend!

H. Jacobs

Gedenken an Sven Beuter

„Ein Mensch ist erst wirklich tot, wenn niemand mehr an ihn denkt."



Gedenkveranstaltung vor der Havelstraße 13

Gut 50 Personen versammelten sich am 15. Februar 2012 vor dem Haus in der Havelstraße 13. Dort wurde vor 16 Jahren der damals 23-jährige Punk Sven Beuter brutal von einem Neonazi zusammengeschlagen, so dass er wenige Tage später an seinen schweren Verletzungen starb. Die Trauernden folgten einem Aufruf des Antifaschistischen Netzwerks Brandenburg-Premnitz-Rathenow (AFN) sowie des Vereins der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA).

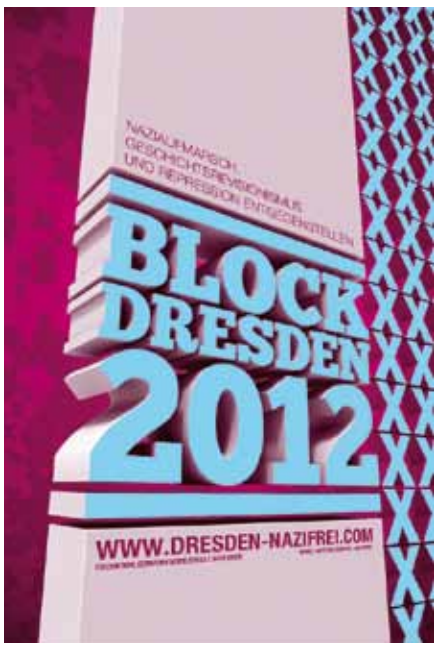
„Wie kommt dieser Hass auf Andersdenkende", fragte Alfons Wichterei vom VVN-BdA, nachdem die Anwesenden Blumen an der erst vor fünf Jahren in den Boden eingelassenen Gedenktafel niedergelegt und Transparente entrollt hatten. In seiner Rede erinnerte Wichterei an die offiziell etwa 150 Menschen (die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen), die seit 1989 in Deutschland von Neonazis ermordet wurden. „Kümmern wir uns darum, dass sich eine solche Bluttat in unserer Stadt nicht wiederholt", so Wichtereis Appell.

„Wir gedenken Sven Beuters als Opfer einer Einzeltat", so ein Vertreter des AFN, diese müsse jedoch im gesellschaftlichen Kontext gesehen werden. Er verwies auf rechtsextreme Aktivitäten in der Stadt, die im vorigen Jahr in einer Nazi-Kundgebung vor dem hiesigen Gefängnis gipfelten. So wurde auch die Parole „AFN zerschlagen" an die Eingangstür der Havelstraße 13 gesprüht. Nur „GEMEINSAM" könne der Gefahr von rechts begegnet werden.

Den kulturellen Abschluss der Gedenkveranstaltung übernahm spontan ein Brandenburger Straßenmusiker, der auf seiner Gitarre das Lied „Zeit bleib stehen!" der Rostocker Punkband „Dritte Wahl" zum Besten gab.

D. Herzog

Nazi-Aufmarsch in Dresden



Seit Jahren war es zur traurigen Tradition geworden, dass Tausende Neonazis den Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten am 13. Februar 1945 für ihre braune Geschichtsfälschung missbrauchten. Noch vor drei Jahren konnten 7.000 Nazis durch die Elbmetropole marschieren. Doch seit 2010 sahen sich die Ewiggestrigen dem breiten antifaschistischen Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer" gegenüber, dem es gelang, durch Blockadeaktionen die rechten Aufmärsche zu verhindern.

Bereits am 13. Februar reisten einige Antifaschisten aus der Havelstadt nach Dresden, um sich mit Tausenden anderen dem „Trauermarsch" der Braunen entgegenzustellen. Dieser engagierte Einsatz hatte zwei Dinge zur Folge: Erstens mussten sich die Nazis mit einem lediglich halbstündigen Marsch begnügen; zweitens wurde der für den 18. Februar geplante Aufmarsch der Nazis von diesen abgesagt. Trotz der Absage versammelten sich an jenem Samstag mehr als 10.000 Menschen am Dresdener Hauptbahnhof, um mit einer Demonstration gegen Nazis und die so genannten „sächsischen Verhältnisse" zu protestieren. Seit 2010 versuchten Ermittlungsbehörden und die Landesregierung den antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren – so wurden unter anderem Räume des Bündnisses durch SEK-Beamte gestürmt, Immunitäten von Parlamentariern aufgehoben und Dutzende Menschen wegen Landfriedensbruch und der Bildung einer kriminellen Vereinigung verfolgt.

Ich hoffe, dass es mit antifaschistischem zivilem Ungehorsam zukünftig auch in Brandenburg möglich sein wird, Naziaktivitäten wie die Kundgebung im vergangenen Jahr vor dem Gefängnis zu verhindern.

D. Herzog

Frauenarbeitsplätze brauchen Zukunft



Auch die Schlecker-Filiale im EKZ Wust hat nicht mehr geöffnet. Was passiert mit den Mitarbeiterinnen?

Am 23.03.2012 war es so weit: 63 Filialen der Drogeriekette Schlecker schlossen im Land Brandenburg ihre Pforten für immer. Damit wurden in der Mark fast so viele Schlecker-Drogerien geschlossen wie von der Gewerkschaft ver.di prognostiziert. Nachdem die Schlecker-Beschäftigten am 13.03. informiert wurden, veröffentlichte die Kette am 14.03. eine Liste über die voraussichtliche Schließung von bundesweit 2200 Filialen. In dieser Liste stehen auch die Drogerie im EKZ am Marienberg (Willi-Sänger-Str. 15A) und die Filiale im EKZ in der Plauer Chausseestr. 1. Inzwischen gingen auch im EKZ Wust die Lichter bei Schlecker aus. In der offiziellen Liste ist dazu nichts zu finden, allerdings schienen die Mitarbeiter über das drohende Aus informiert zu sein. „Die Beschäftigten von Schlecker haben unsere vollste Unterstützung. Arbeitsplätze und Filialen müssen erhalten werden. Gerade zum Internationalen Frauentag am 8. März gab es hier ein eindeutiges Zeichen der Politik. DIE LINKE engagiert sich dafür vor Ort und im Bundestag", erklärt die Stadtverordnete Petra Zimmermann zu den Aktionen der Schlecker-Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di.

Die Arbeitsmarktchancen für Verkäuferinnen sind alles andere als gut. Wie eine Anfrage der LINKEN bei der Bundesagentur für Arbeit ergab, kamen im Einzelhandel in den Verkaufsberufen im Januar bundesweit zwölf Erwerbslose auf eine offene Stelle. Für Brandenburg beträgt das Verhältnis 1:29. 13.227 Arbeitslose stehen 457 offenen Stellen gegenüber. "Wir können es uns nicht leisten, tariflich hart erkämpfte und gut bezahlte Arbeitsplätze zu verlieren", so Petra Zimmermann weiter. DIE LINKE legte am 8. März im Bundestag konkrete Vorschläge zur Rettung der Arbeitsplätze bei Schlecker vor. Gefordert wird ein Zukunftskonzept, das nicht auf einen Kahlschlag setzt, sondern die Filialen und Arbeitsplätze erhalten will. Dieses soll gemeinsam mit Beschäftigten, der Gewerkschaft ver.di und anderen gesellschaftlichen Kräften erarbeitet werden. Dafür sollen auch staatliche Hilfsgelder möglich sein, wobei die Belegschaft, anders als bisher im Unternehmen, entscheidend mitbestimmen soll. Um für ein alternatives Zukunftskonzept Zeit zu gewinnen, soll das Insolvenzgeld von drei auf sechs Monate verlängert werden.

P. Zimmermann, W. Müller

Mit linken Ministern im direkten Dialog

Regionalkonferenz der LINKEN in Dallgow-Döberitz

Seitdem DIE LINKE in Brandenburg in Regierungsverantwortung ist, stehen die vier Minister der LINKEN regelmäßig auf den Regionalkonferenzen des Landesverbandes zu aktuellen Fragen und Problemen Rede und Antwort. So war es auch Ende März bei der Regionalkonferenz im havelländischen Dallgow-Döberitz.

Nach einer kurzen Halbzeitbilanz aus Sicht der linken Ressortchefs nutzten die Gäste der Regionalkonferenz die Möglichkeit, mit den Ministern direkt ins Gespräch zu kommen. Am Gesprächstisch von Anita Tack, Ministerin für Gesundheit, Umwelt- und Verbraucherschutz, dominierten die Fragen nach der Zukunft des Gesundheitswesens im Flächenland Brandenburg. Nach Auffassung der Ministerin sollen alle 52 Krankenhäuser an insgesamt 62 Standorten erhalten werden. Dazu sei es notwendig, dass die Träger der Krankenhäuser mitziehen, so die Ministerin. Die Krankenhauslandschaft in Brandenburg ist dreigeteilt. Je ein Drittel der Einrichtungen gehören privaten Unternehmen, kirchlichen Trägern und den Kommunen.

Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers erläuterte auf Nachfrage die neue Wirtschaftsförderungsstrategie der Landesregierung. Um künftig in den Genuss der Höchstförderung zu kommen, müssen Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigen bestimmte Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Sie müssen effizient mit Energie umgehen, ihren Beschäftigten einen Mindestlohn zahlen und dürfen nur einen Leiharbeiter-Anteil von 30 Prozent haben. Um die Marktposition von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu verbessern, hat das Wirtschaftsministerium einen Darlehensfonds zur Erhöhung der Eigenkapitaldecke eingerichtet, so Christoffers. Generell wird die Wirtschaftsförderung von der Gewährung von Zuschüssen auf die Bereitstellung von Darlehen umgestellt.



Diskussion mit Ministerin Anita Tack

Justizminister Volkmar Schöneburg erläuterte u.a. die Neustrukturierung der Gerichtsbezirke und wies dabei auf die Bedeutung von Bürgernähe im Justizwesen hin. Deshalb hat er sich für den Erhalt aller Amtsgerichte stark gemacht. Des Weiteren erläuterte er seine Position zu Formen eines offeneren Strafvollzugs. Zwar könne man damit nicht an Stammtischen punkten, doch durch wissenschaftliche Studien sei erwiesen, dass Straftäter mit langen Haftstrafen im geschlossenen Vollzug keine günstige Sozialprognose haben.

Zum Abschluss der Regionalkonferenz gab Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, einen Überblick zur aktuellen Leitbild-Debatte „Brandenburg 2020“. Ziel sei es, die Vorstellungen der LINKEN zur künftigen Entwicklung des Landes Brandenburg in einem entsprechenden Papier darzustellen. Dabei will DIE LINKE den Bürgerinnen und Bürgern keinen fertigen Masterplan vorlegen, sondern sie einladen, am Diskussionsprozess teilzunehmen und eigene Ideen und Vorstellungen einzubringen. Auch soll in diesem Leitbild dargestellt werden, welche Positionen und Ziele DIE LINKE jenseits der Tagespolitik hat. „Wir müssen deutlich machen, dass unsere Ansprüche und Ziele in vielen Bereichen weitergehen als das, was im Koalitionsvertrag als Kompromisslösung steht und Handlungsauftrag für unsere Minister und unsere Landtagsfraktion in dieser Legislaturperiode ist“, so Kerstin Kaiser. *F. Hübner*

Rot-Rot mit positiver Zwischenbilanz

Regierungsbeteiligung der LINKEN zahlt sich für die Bürger aus

Seit zweieinhalb Jahren wird Brandenburg von einer rot-roten Landesregierung geführt. Die Halbzeitbilanz der Koalition von SPD und LINKEN kann sich sehen lassen. Auf der Habenseite stehen u.a. die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kitas und der Erhalt des Lehrer-Schüler-Verhältnisses von 1:15,4. Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode werden 2000 neue Lehrer eingestellt. Das sind sogar 750 mehr als ursprünglich geplant. Des Weiteren wird an rund 70 Pilotschulen das Projekt „Schule für alle“ vorangetrieben. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass Kinder mit unterschiedlichen Begabungen den jeweils bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Dafür werden in den kommenden Jahren zusätzlich fast 20 Millionen Euro im Landeshaushalt bereit stehen. Zudem hat Rot-Rot auch das Schüler-Bafög zur Förderung von Kindern aus Familien mit geringem Einkommen eingeführt.

Darüber hinaus hat DIE LINKE mit ihrem Koalitionspartner das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge sowie ein Vergabegesetz mit Mindestlohn-Untergrenzen beschlossen. Damit verlässt Brandenburg endlich den Irrweg eines Niedriglohnlandes, der ein Jahrzehnt lang von der damaligen Regierungspartei CDU propagiert wurde. Zudem kann Rot-Rot auf erfolgreiche Schritte zur Haushaltskonsolidierung bei gleichzeitiger Prioritätensetzung für Bildung, Forschung und Wissenschaft verweisen. Ab 2014 wird das Land Brandenburg keine neuen Schulden mehr machen – fünf Jahre früher als vom Bundesgesetzgeber verlangt. Ebenfalls wichtig für die künftige Entwicklung unseres Bundeslandes ist die erst kürzlich beschlossene Energiestrategie 2030. Mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und der Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerber hat DIE LINKE weitere Wahlversprechen bereits zur Halbzeit der Legislaturperiode eingelöst. (Die ausführliche Halbzeitbilanz finden Sie unter www.die-linke-fraktion.brandenburg.de.)



Christian Görke

Ch. Görke
Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Landtag Brandenburg

Ein Bundespräsident für alle?



Wahlmänner und -frauen der Brandenburger LINKEN

Ein bedeutungsvolles Datum

Am 18. März 2012 trat die 15. Bundesversammlung in Berlin zusammen, um den 11. Bundespräsidenten zu wählen. Notwendig wurde die Wahl durch den Rücktritt des in Bedrängnis geratenen Vorgängers Christian Wulff. Wurde bisher der Bundespräsident üblicherweise am 23. Mai gewählt, dem Tag des Inkrafttretens des Grundgesetzes, bestimmte Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert einen Termin innerhalb der 30-Tages-Frist, der in der deutschen Geschichte von hoher Bedeutung ist. Sei es der 18. März 1848, der Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen in Berlin während der Märzrevolution oder der 18. März 1990, an dem die erste freie Volkskammer der DDR gewählt wurde.

Die LINKE blieb außen vor

Für mich war es die 5. Bundesversammlung, an der ich als Wahlfrau für Brandenburg teilgenommen habe. Nach den Wahlen zu Bundespräsident Rau, zweimal Herrn Köhler und dann Herrn Wulff war es aber die erste Bundesversammlung, bei der sich ein so breites Bündnis von Parteien auf einen Kandidaten geeinigt hatte. DIE LINKE hatte man dabei bewusst außen vor gelassen. Unsere Kandidatin Beate Klarsfeld konnte mit 126 Stimmen drei Stimmen mehr auf sich vereinen, als LINKE Wahlfrauen und -männer anwesend waren. Darüber habe ich mich sehr gefreut und ich hoffe, dass dieser mutigen und doch so zerbrechlich wirkenden Frau nun endlich auch in Deutschland die Anerkennung für ihr Lebenswerk zuteil wird, die sie im Ausland schon seit langem genießt. Die Fraktion DIE LINKE hat die Bundesregierung dazu aufgefordert, Frau Klarsfeld mit dem Bundesverdienstkreuz auszuzeichnen. Gerade in einer Zeit, in der über die Morde der NSU-Gruppe, über ein mögliches Verbot der NPD und das Erstarken der Neonaziszene auch in Brandenburg debattiert wird, wäre dies ein gutes und starkes Zeichen gegen Rechtsextremismus.

Wozu Joachim Gauck schweigt

Was haben wir nun vom gewählten Bundespräsidenten Gauck zu erwarten? Wird er ein Präsident für alle Deutschen sein, ein Präsident der Herzen? Seine Antrittsrede am 18. März macht mir da leider nur wenig Hoffnung. Wer wie er einerseits die Zeit des Nationalsozialismus mit der DDR-Realität gleichsetzt („56 Jahre Diktatur“), wer zwar von Freiheit spricht, aber zu sozialer Gerechtigkeit schweigt, wer die Lebensleistung der Ostdeutschen nicht anerkennt („Untertanen“), der macht nicht den Eindruck, als wolle er ein Präsident sein, der vereint und alle Menschen mitnimmt auf dem Weg zu Demokratie und Gerechtigkeit. Die Ansprüche an ihn sind hoch, das weiß er auch. Ob er sie erfüllen kann und will, wird die Zeit zeigen.

D. Golze (MdB)

Wette gewonnen

Havelländische Linke beteiligte sich an Aktionstag

Auch die havelländische LINKE beteiligte sich am 3. März am Aktionstag der Partei und leistete mit vier Infoständen in Rathenow, Falkensee, Nauen und Schönwalde-Glien ihren Beitrag, damit Klaus H. Jann aus Wülfrath seine „Polit-Wette“ gewinnen konnte.

Der hatte nämlich gewettet, dass es DIE LINKE schaffen würde, am ersten Sonnabend im März mindestens 400 Infostände zu betreiben. Bundesweit war DIE LINKE dann sogar mit 432 Infoständen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Bayern auf öffentlichen Plätzen und Straßen präsent.

In Rathenow hatte DIE LINKE ihren Infostand unmittelbar vor ihrem Bürgerbüro aufgebaut, weil das Stadtzentrum momentan noch einer großen Baustelle gleicht.

Gleichzeitig waren interessierte Bürgerinnen und Bürger zum Roten Frühstück eingeladen. Als Gesprächspartner für die Bürgeranliegen standen die Bundestagsabgeordnete Diana Golze sowie Mitglieder der Linksfraktion in der Rathenower Stadtverordnetenversammlung bereit.

Die Gespräche drehten sich nicht nur um kommunalpolitische Fragen, sondern auch um Probleme der Bundespolitik. So kritisierten die anwesenden Bürger die Gewährung des Ehrensoldes für den Ex-Bundespräsidenten Christian Wulff. Des Weiteren informierte DIE Linke über die aktuelle Leitbild-Debatte „Brandenburg 2020“ und gab einen Überblick über die Halbzeitbilanz der rot-roten Landesregierung in Brandenburg.

Am Info-Stand in Schönwalde-Glien gaben der Ortsvorsitzende Jörg Schönberg und der Gemeindevertreter Manfred Bittner Auskunft über die kommunalpolitischen Vorhaben der LINKEN.

F. Hübner



Ständig umringt: der Infostand der LINKEN in Rathenow mit Diana Golze

Aus dem Bundestag

Schwarz-Gelb lehnt Forderung DER LINKEN nach bezahlbaren Mieten ab

Mit der Mehrheit der Stimmen von CDU/CSU und FDP wurde der Gesetzentwurf zur Sicherung bezahlbarer Mieten (Drucksache 17/6371) der Fraktion DIE LINKE im Rechtsausschuss des Bundestags kürzlich abgelehnt. Um den Schutz vor Mietpreiserhöhungen zu verbessern, plädiert die Linksfraktion dafür, den Mietspiegel nicht mehr für eine ganze Gemeinde zu erstellen, sondern auch für einzelne Teilgebiete. Außerdem soll die Möglichkeit für allgemeine Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete von 20 auf 15 Prozent gesenkt und der Mieterhöhungszeitraum von drei auf vier Jahre gestreckt werden. Leider hat die schwarz-gelbe Mehrheit im Rechtsausschuss eine sozialere Ausgestaltung des Mietrechts in Deutschland vorerst gestoppt.

Die Linke will Leiharbeit in reguläre Beschäftigung umwandeln

Mittlerweile sind in Deutschland rund 900.000 Arbeitnehmer als Leiharbeiter beschäftigt. Sie werden deutlich schlechter bezahlt als das Stammpersonal und sind in Krisenzeiten die ersten, die wieder auf die Straße gesetzt werden. Leiharbeit, die sinnvoll sein kann, um Auftragsspitzen zu bewältigen, wird in Deutschland immer häufiger missbraucht, um Lohndumping durchzusetzen und reguläre Beschäftigungsverhältnisse abzubauen. Deshalb will DIE LINKE gegensteuern und hat im Bundestag einen Antrag (Drucksache 17/8794) vorgelegt, um die Leiharbeit zurückzudrängen und in reguläre Arbeitsverhältnisse umzuwandeln. DIE LINKE schlägt vor, die Unternehmen zu verpflichten, Leiharbeiter zu den gleichen Bedingungen wie Stammkräfte einzustellen. Auch die Unternehmen, die Beschäftigte „auf Grundlage eines sogenannten Scheinwerkvertrages einsetzen, müssen verpflichtet werden, diese in ein reguläres Anstellungsverhältnis zu übernehmen“, heißt es im Antrag der Linksfraktion. Die schwarz-gelbe Bundestagsmehrheit lehnte den Antrag der LINKEN ab und stellte einmal mehr unter Beweis, dass sie den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ missachtet.

Havelbrandung

Lokaltermin in Sachen Grundhochwasser

MdL Christian Görke brachte Bürgerinitiative und Landesumweltamt an einen Tisch

„Es war ein sehr informatives und sachliches Gespräch“, sagte Christian Görke. Der Landtagsabgeordnete hatte Mitglieder der Rathenower Bürgerinitiative gegen Grundhochwasser und Vertreter des Landesumweltamtes zu einer Gesprächsrunde eingeladen.

Bodo Schwiegk, Abteilungsleiter West im Landesumweltamt, machte eingangs des Gesprächs deutlich, dass seine Behörde nur bedingt für die Fragen der hohen Grundwasserstände in der Region Rathenow zuständig ist. Für die Pflege des Grabensystems im Rodewaldschen Luch sei die Kommune bzw. der Wasser- und Bodenverband zuständig. Zudem müsse geprüft werden, ob die Gräben ertüchtigt werden können oder eventuell ein Ausbau von Gräben notwendig sei. Die letztgenannten Maßnahmen seien Eingriffe, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens genehmigungspflichtig wären. Erst an dieser Stelle kommt die Zuständigkeit des Landesumweltamtes zum Tragen. Die Vertreter der Bürgerinitiative wiesen darauf hin, dass sie mit der Ertüchtigung des Grabensystems leben können. Da es sich beim Rodewaldschen Luch um ein Naturschutzgebiet handelt, müssen die Belange des Hochwasserschutzes mit den naturschutzrechtlichen Bestimmungen in Einklang gebracht werden. Dafür ist die Untere Umweltbehörde der Kreisverwaltung Havelland zuständig. Beim anschließenden Vor-Ort-Termin im Rodewaldschen Luch konnten sich die Teilnehmer davon überzeugen, dass die Pflege der Entwässerungsgräben offensichtlich seit Jahren vernachlässigt wurde. Sie sind stark verkrautet und zum Teil sogar völlig zugewachsen. Ein weiteres Hindernis für den Abfluss des Wassers ist ein fast zugeschütteter Durchlass unter der Schnellbahntrasse in Rathenow Ost. Beim Bau der Trasse war laut Planfeststellungsbeschluss ein Durchlass vorgesehen. Warum dieser Durchlass mit Sand aufgefüllt wurde, will Christian Görke klären. „Ich wende mich in dieser Angelegenheit umgehend an das Eisenbahn-Bundesamt“, so der Parlamentarier. Die Staustufen der Havel und die Zunahme der Biber waren weitere Themen, die von der Bürgerinitiative angesprochen wurden. „Für die Festlegung der Stauziele der Havel ist der Staubeirat zuständig. In diesem Gremium werden die Interessen der Schiffbarkeit, der Fischerei, des Naturschutzes, der Landwirtschaft und des Hochwasserschutzes abgewogen. Die festgelegten Stauziele werden eingehalten“, so Bodo Schwiegk. In diesem Jahr wurde im Bereich der Unteren Havel bisher noch gar nicht angestaut.

F. Hübner



Christian Görke (l.), Bodo Schwiegk, Abteilungsleiter West im Landesumweltamt (2.v.r.) sowie Rolf Ursinus (2.v.l.)und Manfred Loew (r.) von der BI Grundhochwasser beim Vor-Ort-Termin im Rodewaldschen Luch

Sparen durch interkommunale Zusammenarbeit

Linksfraktion in der SVV Rathenow begleitet Konsolidierung des Stadtetats konstruktiv

Als stärkste Fraktion in der Rathenower SVV sieht DIE LINKE ihre Verantwortung auch in einer soliden Haushaltsführung der Stadt. Seit Jahren weist der städtische Etat ein strukturelles Defizit aus. Und ebenfalls seit Jahren fordert die Linksfraktion von Bürgermeister Ronald Seeger ein Konsolidierungskonzept und hat als einzige Fraktion wiederholt konkrete Vorschläge unterbreitet, um Ausgaben zu reduzieren und Einnahmen zu erhöhen.

Seit einigen Wochen liegt nun endlich ein Maßnahmenpaket der Stadtverwaltung zur Haushaltskonsolidierung vor. DIE LINKE unterstützt bis auf zwei Einzelvorschläge den vorgelegten Maßnahmenkatalog. Die generelle Übergabe der städtischen Kitas und Horte an freie Träger lehnen wir ab. Zum einen würde die Stadt damit ihre Gestaltungsmöglichkeiten im Kitabereich aus der Hand geben und auf der anderen Seite nur bedingt Einsparungen erzielen. Zwar könnten 5,5 Stellen in der Verwaltung wegfallen, doch die bisherigen Stelleninhaber würden ja nicht entlassen werden, sondern müssten andere Verwaltungsaufgaben übernehmen. Die vorgeschlagene Übertragung der drei weiterführenden Rathenower Schulen an den Landkreis Havelland muss nach Auffassung der Fraktion detailliert geprüft werden.

Neben dem Maßnahmenpaket der Stadtverwaltung sieht die Linksfraktion weitere Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung durch eine intensive interkommunale Zusammenarbeit mit benachbarten Städten und Ämtern. Deshalb hat die Linksfraktion Ende vorigen Jahres einen entsprechenden Prüfauftrag vorgelegt, der mit großer Mehrheit in der SVV beschlossen wurde. Durch die Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen in den Bereichen Bauhof, Wirtschaftsförderung, Bewirtschaftung Kommunalwald, Gehaltsrechnung, Winterdienst und Tourismus-Marketing könnten künftig Einsparpotentiale erschlossen werden.



Daniel Golze

Unseren Intentionen, die Einnahmesituation durch eine maßvolle Anhebung der Gewerbesteuer zu verbessern und damit insbesondere die wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen der Stadt an der Haushaltskonsolidierung zu beteiligen, stehen die Stadtverwaltung und die anderen Fraktionen in der SVV ablehnend gegenüber. Wir akzeptieren diese Position, aber verweisen gleichzeitig darauf, dass wir einseitige Einsparungen zu Lasten insbesondere von Menschen mit geringem Einkommen entschieden ablehnen.

Erhebliche Sparpotenziale sieht die Linksfraktion dagegen durch die Fusion der Städtischen Musikschule mit der Musik-, Kunst- und Volkshochschule Havelland, durch den Umzug der Stadtverwaltung in eine eigene Immobilie, in der kostendeckenden Bewirtschaftung des Stadtwaldes sowie durch die organisatorische Zusammenlegung von Optikpark und Kulturzentrum Rathenow nach der Bundesgartenschau 2015.

D. Golze
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE
in der SVV Rathenow

Täve in Nauen...

... Sodann in Rathenow – Frauentagsfeiern

Traditionell lädt die LINKE im Havelland zu Frauentagsfeiern ein. In Nauen sorgte in diesem Jahr Gustav Adolf Schur für einen unterhaltsamen Nachmittag. Vor über hundert Gästen berichtete der heute 81-Jährige über sein ereignisreiches Leben als Radsportler, später als ehemaliger Abgeordneter der Volkskammer und des Deutschen Bundestages. Nicht von ungefähr ist die Radsportlegende noch heute, über 50 Jahre nach seinen größten sportlichen Erfolgen (zweifacher Weltmeister und Friedensfahrtsieger 1955 und 1959, Medaillengewinner bei den Olympischen Spielen 1956 und 1960) ein Vorbild nicht nur für die Fan-Gemeinde seiner Generation.



Hat noch immer viele Fans: Radsport-Legende Gustav-Adolf „Täve“ Schur

Täve ist stets bescheiden geblieben und dankbar gegenüber denjenigen, die durch ihre Arbeit seine Erfolge möglich machten, wie er auch in Nauen berichtete. Die Gäste erfuhren u.a., dass Täve auch heute noch täglich 70 bis 80 Kilometer mit dem Rad fährt. Daneben kommt er vielen anderen Verpflichtungen gern nach. So steht z. B. auch in diesem Jahr ein Besuch bei der „Tour de France“ in seinem Terminkalender. Seine Frau Renate kümmert sich indes um die Fan-Post, die ihn nach wie vor erreicht. „Wie schafft man das alles mit 81 Jahren?“, wollte ein Teilnehmer wissen. Täves plausible Antwort: gesunde Ernährung und geistiges Training, täglich drei Zeitungen, viele Bücher und ein Ziel vor den Augen. Täve hat sich fest vorgenommen, auch seinen 100. Geburtstag zu feiern.

In Rathenow gestalteten der Schauspieler und Regisseur Peter Sodann und sein Sohn Franz ein abwechslungsreiches literarisches Programm zum Frauentag. Statt Rosen präsentierten die beiden ihrem überwiegend weiblichen Publikum Gedichte und Kurzgeschichten. Nicht nur Vergnügliches wie „Schweigen ist Gold“ von Roda Roda und „Ein lasterhaftes Hotel“ von Ephraim Kishon brachten Vater und Sohn Sodann zu Gehör, sondern auch anspruchsvolle Texte wie „Plädoyer für die Kirschblüte“ von Christoph Hein, in dem der Autor dem Verhältnis von Geld und Kultur in unserer Gesellschaft nachgeht. Auch die Bewunderer von Bertolt Brecht („Die Käuferin“) und Erich Kästner („Die Dame schreibt der Dame“) kamen auf ihre Kosten. Und nicht zuletzt wurde einem der brillantesten zeitgenössischen Erzähler die Ehre erwiesen. Aus Ferdinand von Schirachs Bestseller „Verbrechen“ wurde die Episode „Herr Fähner“ vorgestellt.

Peter Sodann nutzte seinen Auftritt auch, um für ein Projekt zu werben, das ihm sehr am Herzen liegt. Mit dem Ende der DDR wanderten unzählige Bücher in den Müll. Da konnte der Buchmensch Sodann nicht untätig zusehen und gründete eine Bibliothek, in der alle Bücher, die in Ostdeutschland in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zur deutschen Vereinigung erschienen sind, gesammelt werden. Während er beim früheren Bundespräsidenten Horst Köhler vergebens um finanzielle Unterstützung für seine Bibliothek warb, zeigte sich das Rathenower Publikum geschichtsbewusster und spendabler.

T. Lück, D. Fährmann

Was Wann Wo

APRIL 2012:

16. April	17.00 Uhr	„Die Linke in der Regierungsverantwortung“ – Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Referent: MdL Christian Görke Ort: Premnitz, Kulturhaus Fabrikenstraße
16. April	15.00 Uhr	Mitgliederversammlung DIE LINKE Schönwalde Ort: Schönwalde, Gemeinderaum, Berliner Allee
19. April	17.00 Uhr	Fraktionssitzung DIE LINKE in der SVV Nauen Ort: Nauen, Geschäftsstelle der LINKEN, Marktstraße 18
20. April	11.00 Uhr	Familienfest – Für ein buntes Nauen Ort: Nauen, Markt-/Gartenstraße
26. April	18.00 Uhr	Kreisvorstandssitzung DIE LINKE Havelland Ort: Nauen, Geschäftsstelle der LINKEN, Marktstraße 18

MAI 2012:

1. Mai	10.00 Uhr	Politischer Frühschoppen zum 1. Mai Ort: Rathenow, Bürgerbüro der LINKEN, Märkischer Platz 2
1. Mai	10.00 Uhr	Maifeier der LINKEN in Falkensee Ort: Falkensee/Finkenkrug, China-Restaurant
5. Mai	9.00-11.00 Uhr	Fraktionssprechstunde DIE LINKE in der SVV Nauen Ort: Nauen, Geschäftsstelle der LINKEN, Marktstraße 18
8. Mai	10.00 Uhr	Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung in Dallgow-Döberitz Ort: Dallgow-Döberitz, sowjetisches Ehrenmal
8. Mai	18.00 Uhr	Gedenkstunde zum Tag der Befreiung, Redner: Daniel Förster, stellv. Vorsitzender des Kreisverbandes DIE LINKE Havelland Ort: Premnitz, OdF-Denkmal, Ernst-Thälmann-Straße
8. Mai	15.00 Uhr	Gedenken zum Tag der Befreiung Ort: Nauen, Ehrenmal
21. Mai	15.00 Uhr	Mitgliederversammlung DIE LINKE Schönwalde Ort: Schönwalde, Gemeinderaum, Berliner Allee
21. Mai	18.00-20.00 Uhr	„Deutsche Außenpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ - ein Bildungsabend Ort: Nauen, Geschäftsstelle der LINKEN, Marktstraße 18
24. Mai	19.00 Uhr	Mitgliederversammlung DIE LINKE Brieselang Ort: Brieselang, Rotdornallee Kegelbahn
24. Mai	19.00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE Falkensee Ort: Kulturhaus „Johannes R. Becher“

JUNI 2012:

1. Juni	14.00 Uhr	Kinderfest in Rathenow Ort: Rathenow, Hagenplatz
2. Juni	9.00-11.00 Uhr	Fraktionssprechstunde DIE LINKE in der SVV Nauen Ort: Nauen, Geschäftsstelle der LINKEN, Marktstraße 18
2. Juni	10.00 Uhr	Rotes Frühstück in Falkensee Ort: Falkensee, Begegnungsstätte der LINKEN, Bahnhofstraße 74
4. Juni	18.00 Uhr	Mitgliederversammlung DIE LINKE Premnitz Ort: Premnitz, Stadtverwaltung, Haus 2, Liebigstraße
14. Juni	19.00 Uhr	Mitgliederversammlung DIE LINKE Brieselang Ort: Brieselang, Rotdornallee Kegelbahn
18. Juni	15.00 Uhr	Mitgliederversammlung DIE LINKE Schönwalde Ort: Schönwalde, Gemeinderaum, Berliner Allee

Weitere aktuelle Termine unter www.dielinke-havelland.de

Änderungen & Ergänzungen vorbehalten.

DIE LINKE.

Der Haken

„Meine Seele, meine Liebe und mein Herz konten sie nicht ernten.“

Bei der Geburt war mein Fundament stark und unerschütterlich. Dann bekam ich einen Namen: „Andreas, das ist ein wirklich schöner Name. Klaus dagegen klingt scheiße!“ Ich bildete mir etwas darauf ein! Dann kam ich in den Kindergarten. „Iss auf, renne nicht, schrei nicht, benimm dich, mach Mittagsschlaf, stell dich in die Ecke!“ Dann kam ich in die Schule: „Du musst pünktlich sein, sechs Stunden still sitzen, lernen, lernen und nochmals lernen!“ Dann kam ich in die Lehre: „Du hast nur noch diese letzte Chance!“ Dann kam das Arbeitsleben. „Du musst heute, an deinem ersten Tag, bis 23 Uhr arbeiten!“ Dann kam ich zur Armee: „Links, rechts, links. Mach sie fertig und schreie, so laut du



kannst!“ Dann wurde ich Callcenter-Agent. Ich nutzte meine sprachliche Begabung. Da hieß es: „Vermarkte, bring die Kunden dazu, uns ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen!“ Aber die Freude an der Arbeit überwog die kleinen Nachteile. Lange fiel mir nicht auf, dass ich am Haken hing. Wie die Kreatur im Schlachthaus. Denn ich konnte in der Luft herumrudern und empfand Freiheit dabei. Dabei war jeder Schnitt und Axthieb präzise und überlegt. Doch endlich tut der Haken weh. Er ist spitz und kalt, kalt wie die Halle, in der ich hänge. Aber wenn sie mich einst in den Abfall werfen, werden sie erkennen, dass sie meine Seele, meine Liebe und mein Herz nicht ernten konnten.

A. Lang

Geheim

Nichts Gutes für Ostdeutschland

Eine vom Kanzleramt seit einem Jahr geheimgehaltene Studie bringt über die wirtschaftliche Situation Ostdeutschlands nichts Gutes zutage. So stellen die Experten nüchtern fest, dass es die erhoffte wirtschaftliche Angleichung gegenüber den alten Ländern wohl in absehbarer Zeit nicht geben werde. Eindeutiges Indiz hierfür seien die im vergangenen Jahrzehnt immer kleiner werdenden Aufholschritte gegenüber den alten Bundesländern.

So ragen nur wenige Leuchttürme, wie Dresden und Jena, aus der de-industrialisierten Ödnis Ostdeutschlands hervor. Es fehle an großen export- und forschungsstarken Unternehmen. Zum Beispiel hat keines der 100 größten deutschen Unternehmen seinen Hauptsitz in Ostdeutschland. Daran hat die nach der Wende eingesetzte „Treuhand“ einen Gutteil Schuld. Zum Beispiel wurden von ihr ca. 160 ostdeutsche Großkombinate nach der Wende rücksichtslos in etwa 20 000 verkaufsfähige Betriebseinheiten zerstückelt. Das habe, so heißt es in der Studie, die Systemfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft weitgehend zerstört. Die Folgen – Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverlust, Verarmung, Wegzug von jungen Leuten in die alten Bundesländer und in deren Folge Geburtenrückgang – sind nicht nur bis heute empfindlich zu spüren, sie werden uns mit Sicherheit auch weiterhin und für sehr lange Zeit begleiten. *W.Weise*

Gollwitz, zurück in die Zukunft

Aufmüpfiges Landvolk will Turbo-Internet

Ist das zu fassen? Seit fast zwei Jahren schon triezt Nicole Näther, diese Gollwitzer Jean d‘Arc, unsere Stadtverwaltung, sich doch für einen Zugang zum schnellen Internet auch in der Brandenburger Rand-Brache stark zu machen. Da kann einem doch die Gülle flockig werden! Haben diese von kleinbäuerlicher Großmannssucht geplagten Gemüter denn auch nur die leiseste Ahnung davon, welche Gefahren von Viren, Hackern und Spionen ausgehen können?! Selbst in der Stadtverwaltung kennt man ja noch nicht einmal all seine Trojaner...

Und auch das noch: Die Potsdamer Rot-Roten würden diesen abenteuerlichen Unsinn am liebsten fördern! Sollen jetzt etwa auch unsere letzten noch frei laufenden Landeier – staatlich geködert – in die Internet-Sucht getrieben werden? Niemals! Da sei Scheller vor! Nur dessen ausgewiesene Tiefschlaf-Neigung in Kombination mit seinem extrem niedrigen Arbeits-Ruhepuls hat es geschafft, das Gollwitzer Förderbegehren auf eine gaaanz lange Behördenbank zu schieben. Nun hilft weder



Schloss Gollwitz: Tiemannscher Ruhesitz?

Zetern noch Näthern...

Doch obwohl die Gollwitzer endlich wieder ungestört ihr Web-freies Museumsdorf genießen können, sind sie noch immer störrisch und undankbar. Deshalb wohl haben interessierte Kreise streng Geheimes aus den Amtsstuben in die Öffentlichkeit tröpfeln lassen: Das Fleckchen Erde ist nämlich für Höheres vorgesehen! Es soll zum finalen Tiemannschen Ruhesitz entwickelt werden, ganz ohne Internet, E-Mail und Handy... Das ist kein Goll-Witz! In Klein Kreuz fühlt sich Dietlind längst schon viel zu verstrickt, will sagen: vernetzt.

Unser aller Oberin und ihr Kämmerer (Kot-Name „Ich und Ich“) werden damit sogar einen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen, weil ja mit der Wiedereinführung personengebundener Vermittlungsanlagen (der OB-Gatte soll noch eine im RFT-Keller lagern) auch das „nette Fräulein vom Amt“ wieder auferstehen muss. Deswegen soll die Stelle auch gleich „nach Himmelfahrt“ ausgeschrieben und bis 2015 zügig besetzt werden. Die Arge bereitet schon Umschulungskurse für Langzeit-Handynutzer und Surfer zum unfallfreien Umgang mit der guten alten Telefon-Wählscheibe vor. Durch diese einschneidenden personalpolitischen Maßnahmen kann sich natürlich die Erarbeitung des städtischen Haushaltsplans um einige Mondphasen verzögern.

Schellerlujah!!! *Ha.-Jo. Laß*

Ein Leitbild, kein Leidbild

Während der Landesverband der LINKEN ein Leitbild für das Land diskutiert, will DIE LINKE vor Ort eines für unsere Stadt entwerfen. Dafür hat sie sich das Jahr 2012 ausgesucht, weil da kein lokales oder regionales Wahlkampfgetöse stört und in Ruhe verschiedene Entwürfe entwickelt werden können, wie unsere Heimatstadt künftig aussehen soll.

Wie kann die Stadt für junge Familien attraktiv gemacht werden? Was ist zu tun, um auch den Alten, deren Anteil an der Einwohnerschaft stetig zunimmt, eine hohe Lebensqualität zu sichern? Welche Industrieansiedlungen sollten gefördert werden und wie? Sollte man eher auf Touristenströme von Außerhalb setzen oder sich auf Naherholungsmöglichkeiten für die Brandenburger konzentrieren? Welche Wünsche für die künftige Ausgestaltung des ÖPNV sind realisierbar? Welche Kultur- und Sportangebote sind unverzichtbar? Wo fehlen Kinderspielplätze? – Diese und andere Fragen mögen die Brandenburger umtreiben. DIE LINKE will nun den Versuch unternehmen, eine „Diskussion von unten“ anzustoßen, also mit interessierten Mitbürgern ergebnisoffen ins Gespräch zu kommen, deren Vorstellungen und Anliegen aufzunehmen und Wege der Umsetzung zu erkunden. Ein so entstehendes Leitbild soll nicht mit dem derzeit in der Diskussion befindlichen Masterplan konkurrieren, sondern festhalten, was sich Bürgerinnen und Bürger für die Zukunft in unserer Stadt wünschen. Dazu möchte DIE LINKE verschiedene Treffen in den Stadtteilen durchführen bzw. auf den traditionell stattfindenden Veranstaltungen wie der Feier zum 1. Mai und dem Höfefest in der Altstadt Infostände organisieren.

Alle gesammelten Vorschläge sollen dann auf ihre Machbarkeit hin überprüft werden und in ein LINKES Leitbild für Brandenburg an der Havel einfließen.

Wir freuen uns auf Ihre Beteiligung!

R. Kretzschmar

Ein bisschen Extra-Senf

Hallo Leute,

bestimmt wundert ihr euch, wie ick dazu komme, hier meinen Senf dazu zu geben. Janz einfach, man hat mich gefragt und ick fand dit nicht unschick.

Paar von den linken Frauen sind nämlich Kundinnen bei uns in der „Scharfen Schere". Nicht gerade die besten Kundinnen, was die Häufigkeit ihrer Friseurbesuche angeht oder die Preisintensität ihrer Wünsche, wenn ihr versteht, was ich meine.

In Sachen Trinkgeld jehören se allerdings zum oberen Drittel. Ick sage mal, da steckt System dahinter:

Die sind ja regelrecht scharf uffs Spenden. Wenn man bloß mal überlegt, dass die linken Abgeordneten monatlich ihre Diätenerhöhung für mildtätige Zwecke abdrücken – na jut, wer sich's leisten kann und nicht so 'n schwindsüchtigen Jeldbeutel hat wie ick. Ick verdiene garantiert weniger, als ick verdiene. Von unsereins jibt et eben zu viele, dit schränkt die Möglichkeiten ein, sich Freiheiten herauszunehmen.

Aber manchmal frag ich mich schon, ob z. B. unsere OB so viel mal mehr leistet als ich, wie se mehr verdient. Da steckt eben auch System dahinter.



Wie es mit der Spendenfreudigkeit im Rathaus aussieht, entzieht sich meine Kenntnis, aber ick trau Frau Tiemann eine ganze Menge Jewissen zu, sogar ein schlechtes. Ob se dit auch bei ihrem Schmorgurken-Rezept in dem Extra-Blättchen zur OB-Wahl hatte? Da hat se sich nun wirklich nicht mit Kreativität beklekkert. Ick hab dit direkt mal nachgekocht – aber ehrlich, meine Gurken schmecken zehnmal besser. Na jut, die OB sollte ja auch nicht als Kochwunder präsentiert werden, sondern als Mensch. Und gemenschelt hat es in dem Extra-Blättchen, aber Hallo! Als würde man „Frau mit Herz" lesen oder so.

Falls ihr jetzt denkt, ick kenne die Rathauschefin persönlich, also ick hätte ihren Kopf schon mal in der Mache jehabt – nee, nee, dit ist nicht so janz meine Liga. Business-Look von oben bis unten, bisschen langweilig, aber teuer.

Dafür hab ick -zig anderen Brandenburgern den Kopf gewaschen, wat mir Gelegenheit gab, mein Ohr an den Puls der Zeit zu legen, wie man so schön sagt. Und jenau dit war der Grund, warum ick hier wat sagen darf.

Also, bis denne, Leute. Man liest sich.

Eure Bella Branne

Schiefer Haussegen

Konnte ihn die Gesamtmitgliederversammlung wieder gerade rücken?

Es war wie in so mancher modernen Ehe: Man versuchte zu flicken und zu kitten, um den Schaden, der die Beziehung seit längerem belastete, doch noch in Grenzen zu halten. Aber der Krug geht bekanntlich so lange zum Brunnen... Und genau das geschah eines unschönen Tages auch. Erst warf der eine, kurz darauf der andere Spitzenmann das Handtuch.

Man mag es auf „die Chemie" schieben, die zwischen René Kretzschmar und Alfredo Förster nicht mehr stimmte. Letztlich liegen die Ursachen des Zerwürfnisses aber tiefer, sind in einem sehr unterschiedlichen Demokratieverständnis begründet. Der eine, Alfredo, hat die Idee des starken Einzelleiters verinnerlicht, der allen sagt, wo es lang geht, und Alleingänge für legitim hält; der andere, René, schwört auf Teamarbeit und flache Hierarchien.

Welchem Demokratiemodell die Brandenburger Gemeinde der LINKEN zuneigt, sollte an einem sonnigen Vorfrühlingswochenende geklärt werden. Um es klar zu sagen: Die Versammlung wird in die Analen der Brandenburger LINKEN nicht gerade als schönheitspreis-verdächtig eingehen; Streicheleinheiten wurden auch nicht verteilt. Ganz im Gegenteil, die Emotionen schlugen hoch, selten gab es so scharfe Wortgefechte. Ein reinigendes Gewitter? Hoffen wir das Beste.

Letztlich wurde für das dringendste Problem – wer führt künftig den Stadtverband an? – eine Lösung gefunden, die den Teamgedanken stärkt: Ab sofort übernimmt eine Doppelspitze die Leitung, eine erfahrene Genossin und ein engagierter männlicher Partner. Und auch für den Fraktionsvorsitz deutet sich eine Option an, die auf längere Sicht tragen dürfte. Sicher ist, dass DIE LINKE auch künftig unverdrossen, fleißig und angriffslustig in der Stadtpolitik mitmischen wird. Denn diese Welt, ob im Großen oder im Kleinen, hat Änderungsvorschläge bitter nötig, auch und gerade im sozialen Bereich, einem der Kernbereiche linker Politik.

W. Weise, Dr. U. Sändig

Kann sich DIE LINKE in der Havelstadt konsolidieren?

Betrachtungen eines Neumitglieds

Ich bin 35 Jahre alt, habe in Potsdam Politikwissenschaften studiert und war noch nie parteipolitisch organisiert. Vor fast genau einem Jahr kam ich endlich zu der lange gereiften Einsicht, dass auf kommunaler Ebene wirkliche Veränderungen nur durch gute Vernetzung und (partei-)politisches Engagement möglich sind. Also trat ich dem hiesigen Stadtverband der für mich schon viele Jahre zuvor einzig wählbaren Partei, der LINKEN, bei. Seit kurzem bin ich nun Mitglied der Redaktion der „Havelbrandung" und besuchte die Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbands am 17. März diesen Jahres im TGZ.

Spätestens nach der gescheiterten OB-Wahl im Sommer fielen verstärkt Misstöne in der Partei auf, die bald die politische Arbeit überschatten sollten und schließlich in den Rücktritten des Kreisvorsitzenden René Kretschmar und des SVV-Fraktionschefs Alfredo Förster gipfelten. Über die Hintergründe wurde viel in den regionalen Medien berichtet, auch in dieser Ausgabe wird an anderer Stelle davon die Rede sein.

Nach teils heftigen Debatten im TGZ, in denen die Gegner von Ex-Fraktionschef Förster deutlich wahrnehmbar in der Überzahl waren, fand die Wahl zum neuen Kreisvorsitzenden statt. Als Doppelspitze stellten sich die beiden erfahrenen Genossen Elke Kroll und Lutz Krakau zur Wahl, die von den 72 anwesenden Mitgliedern mit jeweils deutlich mehr als 80% den Auftrag bekamen, den Stadtverband in ruhigeres Fahrwasser zu manövrieren. Ein erster wichtiger Schritt ist somit getan, um die Aufmerksamkeit der Mitglieder wieder weg von unsäglichen Personaldebatten und Streitereien hin zu einer linken Sachpolitik zum Wohle der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu lenken. Mit einem neuen Fraktionsvorsitzenden und einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Stadtverband und Fraktion sollte dies auch gelingen.

D. Herzog

Monat für Monat



Auf ihrem Wahlkreistag am 22.02.2012 übergab die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Diana Golze, ihre monatliche Spende an das Diakonische Werk Brandenburg an der Havel. Die Spende in Höhe von 250,00 € ist für den Verfügungsfonds der Insolvenzberatung und den Betreuungsverein gedacht. Mit diesem Fonds hilft die Insolvenzberatung der Diakonie schnell und unkompliziert ihren Klienten.

Heike Jacobs

„Das Fahrrad ist ein seltsames Gefährt. Sein Reisender ist gleichzeitig sein Motor.“ (John Howard)

Es war ein Nachmittag im Jahre 2007, als sich Heike Jacobs entschloss, Nägel mit Köpfen zu machen. Mit links konnte sie sich schon immer identifizieren; da war es vielleicht nur eine Frage der passenden Gelegenheit, dass sie ihren Drahtesel am Altstadt Markt zügelte und einen Aufnahmeantrag bei den LINKEN stellte.

Heute ist sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bereichert die Partei vor allem in Sachen Ökologie und Umweltschutz. Im Ausschuss für Umwelt, Recht, Ordnung und Petitionen fühlt sich Heike genau am richtigen Platz. Diesen Ausschuss findet sie auch deshalb so wichtig, weil DIE LINKE allzu oft auf Themen im Bereich Soziales und Bildung reduziert wird. Dabei ist die kapitalistische Wertschöpfung nicht nur daraufhin angelegt, die Arbeitskraft bis zum Limit auszubeuten, sondern ebenso die Umwelt. Für Heike sind Klima- und Umweltschutz keine Modeerscheinungen; diese Themen allein, meint sie, rechtfertigen aber auch nicht die Gründung einer eigenen Partei.

Als studierte Soziologin, Psychologin und Erziehungswissenschaftlerin interessiert sie sich natürlich auch für Bildungspolitik. Seit kurzem widmet sie sich deshalb verstärkt den Neumitgliedern und ihren Wünschen und Möglichkeiten der Einbindung in die Parteiarbeit.

Auf zahlreichen Fahrradreisen hat Heike die Welt besser verstehen und die Wunden der geschundenen Mutter Erde besser deuten gelernt. Dass für die Herstellung einer Tasse Kaffee 10 Liter Wasser benötigt werden, dass die Menschheit 17 Erden bräuchte, damit deutscher Lebensstandard für alle möglich wäre, sind für sie nur zwei Beispiele dafür, an welchen politischen Baustellen zur Zeit am dringendsten gearbeitet werden muss. Was spricht beispielsweise dagegen, die Armee abzuschaffen und dafür einen kostenlosen ÖPNV einzurichten? Heike hält es gern mit Albert Einstein: Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.

Auf die Frage nach der nächsten Reise antwortet sie lächelnd, dass eine Eselwanderung eine schöne Sache wäre, ihre zwei kleinen Kinder hätten daran sicher großen Spaß. Sie steht nun mal auf Esel, ob nun Drahtesel oder Pack- und Reitesel. Auf ihren Reisen hat sie deren eigenwilligen Charakter kennen gelernt, die fröhlichen Iahs, welche rund um den Erdball erschallen. *Havelbrandung*



Ein Rechtsstaat ist kein Linksstaat

Aus unserer Rubrik: Im Lexikon geblättert



Der Rechtsstaat wird als ein politisches Gebilde definiert „in dem die Regierungsgewalt durch eine Rechtsordnung begrenzt und die rechtliche Stellung des Bürgers gesichert ist“. „Recht“ ist mit „rechts“, „richtig“ und „gerecht“ verwandt, irgendwie auch mit „schön“, „wahr“ und „gut“. „Gib mir das schöne Händchen“, forderte man früher die Kinder auf, wenn sie zur Begrüßung die linke Hand reichen wollten. Heute ist man da vorsichtiger, denn Linkshänder gelten als besonders intelligent und kreativ. Und jeder weiß, dass links das menschliche Herz schlägt. Wer bestimmt eigentlich, was (R)recht ist? Da gehen die Meinungen auseinander. Mal wird auf himmlische, mal auf irdische Mächte verwiesen, mal werden Expertenmeinungen und mal das gesunde Volksempfinden bemüht. Letztlich beziehen sich aber alle Überlegungen auf einen historisch gewachsenen, mehrheitlich akzeptierten Wertekanon. Der besagt auch, dass Recht und Gerechtigkeit zweierlei sind. Jedenfalls, solange noch nicht wirklich alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. „Manche sind eben gleicher“ – dieser Spruch war hüben wie drüben populär und hat seine Aktualität bis heute nicht verloren.

Von der DDR wird ja behauptet, sie sei das Gegenteil von einem Rechtsstaat gewesen. Man versuche mal, die am Anfang zitierte Definition in ihr Gegenteil zu verkehren – entsteht dann ein realistisches Abbild der Rechtsverhältnisse in der DDR? Wohl kaum. Das echte Gegenstück zu einem Rechtsstaat muss erst noch erfunden werden. Nennen wir ihn Linksstaat: Das ist ein Staat, in dem wahre Gerechtigkeit herrscht, das Gemeinwohl im Vordergrund steht, Intelligenz und Kreativität regieren statt Mittelmaß und Anpassung, ein Staat, in dem das Herz zu seinem Recht kommt.

Dr. U. Sändig

In eigener Sache

Mit der neuen Auflage halten Sie erstmals eine 12-seitige Ausgabe unserer Havelbrandung in Ihren Händen. Neben dieser rein quantitativen Angebotsverbesserung bieten wir Ihnen auch ein breiteres und, wie wir meinen, vielseitigeres und interessanteres Leseerlebnis. Wie aus der Titelzeile erkennbar wird, haben wir unseren Einzugsbereich erweitern können. Dazu wurde die Auflagenhöhe auf über 40000 Exemplare erhöht. Neben der Stadt Brandenburg an der Havel ist nun auch das Havelland mit im Boot. In den Städten Rathenow, Nauen und Falkensee wird in einer Testphase unsere linke Zeitung zu lesen sein. Die Vorteile für die Leserschaft liegen auf der Hand. Durch redaktionelle Beiträge aus unserer Nachbarregion, dem Havelland, werden wir informativer und abwechslungsreicher werden. Sollte dieses neue Angebot stimmig sein, wovon wir natürlich fest überzeugt sind, dann ist perspektivisch an eine Erweiterung der Verteilung für das Havelland gedacht. Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und sind für Hinweise, Anregungen und Kritiken dankbar.

L. Krakau

Zwei die zusammen gehören

Bilderrätsel zur Geschichte unserer Stadt

Brandenburg an der Havel ist die älteste Stadt in der Mark. Ihre Geschichte ist interessant und facettenreich. Allgemein bekannt ist, dass sich die erste Erwähnung auf den Fall der Stodorani-Burg (deutsche Bezeichnung Heveller) im Winter 928/929 bezieht. Heinrich I. bezwang mit Hilfe von schweren Panzerreitern den Hauptsitz der hier ansässigen Wenden. Kaum bekannt ist dagegen, dass die Stadt über eine Sage verfügt, die dem Nibelungenlied in nichts nachsteht: Die Geschichte der Harlunger, auch als Thidrekssaga bekannt.



Im ersten Rätsel suchen wir die hier abgebildeten zwei Personen.

Sind diese Personen:

☐ **A** der Stadtschreiber Zacharias Gartz und der Bürgermeister Simon Roter?

☐ **B** die Brüder Iron und Apollonius aus der Thidrekssaga?

☐ **C** Peter und Paul, die Schutzheiligen des Brandenburger Doms?



Im Mittelalter verfügten die beiden historischen Stadteile Altstadt und Neustadt über eine aufwändige Stadtbefestigung. Starke Mauern und Gräben schützten die eigenständigen Städte vor ungebetenen Gästen. Bis heute sind viele mittelalterliche Bauten erhalten. Ihre Dächer zieren oft imposante Wetterfahnen bzw. Blitzableiter.



Unser zweites Rätsel sucht nach zwei Gebäuden, deren Dachspitzen auf den Aufnahmen abgebildet sind. Suchen wir die Spitzen

☐ **A** der Häuser Altstädtischer Markt 4 und 6?

☐ **B** des Rathenower und des Plauer Torturmes?

☐ **C** der Häuser Luckenberger Straße 1 und 2?



Wir wünschen allen Lesern viel Spaß beim Raten und vor allem beim Bummeln durch unsere Heimatstadt. Einfach die richtige Antwort ankreuzen und die Lösung schicken an: Geschäftsstelle DIE LINKE, Redaktion „Havelbrandung“, 14770 Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 2. Die besten 5 Ratefüchse werden mit Büchergutscheinen belohnt. Viel Glück!

Anzeige

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...

Bestatter und Trauerredner
Wolfgang Bonatz
Friedensruh Bestattungen

Brandenburg - Hochstraße 8

☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95

Was Wann Wo

APRIL 2012:

02.04.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
04.04.	16.00 Uhr	SVV
10.04.	16.00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende
18.04.	09.30 Uhr	Bürger-Frühstück
18.04.	18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand
21.04.	09.00 Uhr	Klausurberatung Vorstand, Fraktion, Interessierte, Bürgerhaus Hohenstücken
23.04.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
25.04.	16.00 Uhr	SVV
01.05.	10.00 Uhr	Tag der Arbeit - Treff am Bollmann-Brunnen, Kundgebung Altstädti. Markt

MAI 2012:

05.05.		Europäischer Protesttag zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderung
08.05.	16.00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende
14.05.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
16.05.	09.30 Uhr	Bürger-Frühstück
23.05.	18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand
29.05.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung
30.05.	16.00 Uhr	SVV

JUNI 2012:

03.06.	**10.00 Uhr**	**10. Kinder- und Familienfest, Waldcafé Görden**
30.06.	09.30 Uhr	Konferenz zur Umwelt- und Energiepolitik, Rolandsaal, mit Ministerin Tack (DIE LINKE)

- Dienstags & Donnerstags, ab 18.00 Uhr linksjugend [`solid]
- immer Donnerstags,10.00 bis 12.00 Uhr: Schuldnerberatung (nur mit telefonischer Voranmeldung)

Änderungen & Ergänzungen vorbehalten.

DIE LINKE.
Brandenburg an der Havel

IMPRESSUM: HAVELbrandung .
Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel . Ausgabe 01/2012 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel. V.i.s.d.P. Lutz Krakau (BRB), Hendrik Öchsle (HVL) . E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de . Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung. **Druck:** LR Medienverlag und Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus Auflage: 42.500 Stück. **Redaktionsleitung:** Dr. Uta Sändig (Text), Werner Müller (Bild), Lutz Krakau (Organisation) . **Redaktionsmitglieder:** Daniel Herzog, Frank Hübner, Andreas Kutsche, Wilfried Weise, Petra Zimmermann **Bildnachweise:** W. Müller (1|1|1|1|2|3|4|4|9|9|12); Dr. K. Erlenkamp (3); F. Hübner (5|6|7); A. Johlige (3); DIE LINKE Dresden (4); Landtagsfragtion DIE LINKE (5); Bundestagsfraktion DIE LINKE (6); T. Lück (8); R. Kretzschmar (10); H. Jacobs privat (11); D. Golze privat (7); Zeichnung Seite 10 (privat); Karikatur R. Alff
Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE
Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg an der Havel Montag bis Donnerstag 10:00 bis 18:00 Uhr; Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr . Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web www.dielinke-brb.de